



GZ: BMASK-59201/0028-V/A/1/2016
ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

**Betreff: EU-Rat "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit u. Verbraucherschutz"
am 13. Oktober 2016 in Luxemburg**

21/4.2

Vortrag an den Ministerrat

Am 13. Oktober 2016 fand in Luxemburg die 3489. Tagung des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik und Gesundheit“ statt. Den Vorsitz führte der slowakische Minister für Arbeit, Soziales und Familie Ján Richter. Für die Kommission nahm Kommissarin Marianne Thyssen teil. Österreich war durch mich vertreten.

Im Rahmen der Ratstagung wurde eine **allgemeine Ausrichtung zum Richtlinienvorschlag Karzinogene** erzielt. Ich begrüßte die Festlegung von Grenzwerten für derart gefährliche Stoffe durch den Richtlinienvorschlag, hielt aber auch fest, dass das Risiko an Krebs zu erkranken bei vielen Stoffen immer noch zu hoch ist und unterstützte daher den niederländischen Vorstoß zur weiteren Absenkung des Chrom(VI)-Grenzwertes. Zum **Richtlinienvorschlag ILO-Übereinkommen im Fischereisektor** erfolgte eine **politische Einigung** der MinisterInnen.

Im Mittelpunkt der Ratstagung stand eine Orientierungsaussprache zur „**Neuen Agenda für Kompetenzen**“, deren Vorlage von den MinisterInnen begrüßt wurde. Die Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses wurde gebilligt. Außerdem wurde von der

Kommission der Vorschlag zur Überarbeitung des Europass-Rahmens für die Bereitstellung besserer Dienste für Kompetenzen und Qualifikationen vorgestellt.

Die MinisterInnen betonten in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer besseren Verzahnung der Bildungs- und Arbeitswelt sowie einer engen Zusammenarbeit aller involvierten AkteurInnen, insbesondere der Sozialpartner. Von österreichischer Seite wurde angemerkt, dass die Kompetenzen der Erwerbsbevölkerung vor dem Hintergrund der Digitalisierung von entscheidender Bedeutung sind und nicht nur die ökonomische Verwertbarkeit von Kompetenzen im Vordergrund stehen dürfe, sondern dass auch die Bedeutung für umfassende soziale und politische Teilhabe sowie den sozialen Zusammenhalt hervorzuheben seien.

Der Rat billigte die **Beiträge** des Sozialschutzausschusses und des Beschäftigungsausschusses im Hinblick auf das **Herbst-Wirtschaftspaket** (Bericht über die Leistungsfähigkeit des Sozialschutzes, Bericht über die zentralen beschäftigungsbezogenen Herausforderungen, Kernbotschaften zu beiden Berichten).

Die Kommission stellte ihre Mitteilung zur **Jugendgarantie** und die **Beschäftigungsinitiative für junge Menschen – Entwicklungen der letzten drei Jahre** vor. Zur **Umsetzung der Empfehlung des Rates zur Langzeitarbeitslosigkeit** fand ein Gedankenaustausch statt und die Kernbotschaften des Beschäftigungsausschusses wurden gebilligt. Die Kommission und der stellvertretende Vorsitz des ÖAV-Netzwerkes stellte das Benchlearning im **Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen** (ÖAV) vor. Außerdem wurden die MinisterInnen über die Themen des Dreigliedrigen Sozialgipfels am 19. Oktober 2016 und den Sachstand zur Gemeinsamen Erklärung „Ein Neubeginn für einen starken Sozialen Dialog“ informiert.

Es wurden **Schlussfolgerungen** zum Bericht des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel "Politische Initiativen und finanzielle Unterstützung der EU für die **Integration der Roma**" vom Rat angenommen.

Die gemeinsame Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz zur „**Europäischen Säule sozialer Rechte**“ wurde gebilligt. In diesem Zusammenhang habe ich die Konsultation der Kommission als ersten Schritt zu einer notwendigen Neuorientierung der Politik der EU begrüßt, mit der die EU für Wachstum und gute Arbeit für alle sorgt, Armut beseitigt und Verteilungsgerechtigkeit herstellt. Ich habe außerdem darauf aufmerksam gemacht, dass soziale Ungleichheit als Wurzel zahlreicher sozialer, aber auch politischer Probleme bekämpft werden müsse.

Am Schluss wurden die MinisterInnen über **aktuelle Dossiers** in anderen Ratsformationen informiert: Blaue Karte für hochqualifizierte Beschäftigung, Aktionsplan für die Integration von Drittstaatsangehörigen und Kollaborative Wirtschaft. Des Weiteren informierte die griechische Delegation über den

Verhandlungsprozess betreffend Arbeitsmarktreformen in Griechenland. In diesem Zusammenhang wurde von Österreich auf die bedeutende Rolle von Kollektivvertragsverhandlungen als eine zentrale Säule des europäischen Sozialmodells hingewiesen.

Ich stelle den
Antrag,
die Bundesregierung wolle von diesem Bericht Kenntnis nehmen.

9. November 2016

Alois Stöger